



**BUNDESAMT FÜR
SEESCHIFFFAHRT
UND
HYDROGRAPHIE**

Leitsätze für die Anwendung der Eingriffsregelung innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel im Rahmen von § 58 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG

1. Im Vordergrund der Eingriffsregelung steht das Vermeidungsgebot gemäß §§ 13, 15 BNatSchG. Dieses ist insbesondere auch bei der Planung der Netzanbindungen für Offshore-Windparks vorrangig zu beachten.
2. Daraus folgt, dass stromabführende Kabelsysteme mit einer nach dem Stand der Technik größtmöglichen Übertragungsmöglichkeit zu installieren sind, die zum gesetzlich vorgegebenen Zeitpunkt verfügbar ist. Für den Fall, dass dies bedeutet, dass Übertragungskapazitäten vorübergehend nicht vollständig genutzt werden, ist dies in der Regel - zumindest vorübergehend - hinzunehmen, um anderenfalls erforderliche wiederholte Eingriffe in die Meeresumwelt zu vermeiden.
3. Selbiges gilt für Art und Dimensionierung von Konverterplattformen.
4. Zum Zwecke der Vermeidung von mit dem Eingriff verbundenen Beeinträchtigungen in der Form der physischen Gefährdung von Schweinswalen, ist der Grenzwert für Lärmemissionen (160 dB SEL in 750 m Entfernung zur Emissionsstelle), insbesondere bei Rammarbeiten, einzuhalten. Um darüber hinaus durch die Störung bzw. Belästigung der Tiere verursachte Beeinträchtigungen zu vermeiden, müssen weitere Lärminderungsmaßnahmen eingesetzt werden, deren Effekt nachzuweisen ist.
5. Soweit eine Vermeidung von mit den Eingriffen verbundenen Beeinträchtigungen nach den oben genannten Vorgaben nach dem Stand der Technik nicht oder nur zum Teil technisch möglich ist, sind auch Maßnahmen nach dem Stand der Wissenschaft und Technik in die vorzulegende Antragsdokumentation einzubeziehen. Soweit Beeinträchtigungen nicht vermieden werden können, ist dies zu begründen.
6. Sollten Beeinträchtigungen nicht unterlassen werden können, sind vorrangig die Möglichkeiten von konkreten Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen entsprechend der Vorgaben des § 15 Abs. 2 BNatSchG zu prüfen und darzulegen (vgl. dazu auch die Gesetzesbegründung BR-Drs. 278/09, S. 180).
7. Soweit eine Beeinträchtigung aufgrund einer nachvollziehbaren Prognose als von kurzfristiger Dauer und/oder geringerer Intensität bewertet werden kann, ist dies bei der Bemessung des Ausgleichsumfangs zu berücksichtigen. Eine diesbezügliche Prognose ist durch geeignete Monitoringmaßnahmen zu verifizieren. Sollte das Monitoring zu dem Ergebnis kommen, dass erhebliche Beeinträchtigungen verbleiben, sind diese auszugleichen bzw. zu ersetzen.

8. Erst unter der Voraussetzung, dass
 - die vorgenannten Maßnahmen nicht in Betracht kommen und
 - andere Belange denen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Range vorgehen,ist ein Ersatzgeld zu leisten.

9. Ersatzgelder sind gemäß § 15 Abs. 6 zweckgebunden zu verwenden. Dabei muss es sich um praktische, reale und unmittelbar wirkende Maßnahmen in Natur und Landschaft handeln.